

BERICHT

aus dem Kantonsrat



Claudia Wedekind
CVP, Ermensee

Der Kantonsrat tagte erneut in der Stadthalle Sursee. Die Pandemie beschäftigte das Parlament weiterhin intensiv. So segnete der Kantonsrat einen Nachtragskredit ab und sorgte

Strassensanierung gab zu reden

damit für gleich lange Spiesse bei der Härtefallhilfe. Der Bund übernimmt bei Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als fünf Millionen Franken neu sämtliche Kosten der

Härtefallmassnahmen. Damit auch für Firmen mit einem Umsatz von weniger als fünf Millionen Franken pro Jahr die gleichen Kriterien gelten, will Luzern nachbessern.

Abgelehnt hat es der Kantonsrat hingegen, die Kantonsverfassung zu ändern und so die digitale Teilnahme an Sessionen zu ermöglichen. Immerhin soll das Anliegen der Ratslinken in zwei Jahren erneut geprüft werden.

Digitale Themen stehen vermehrt auf der Traktandenliste. So hat der Rat ein Postulat von Helen Affentranger-Aregger erheblich erklärt. Kantons- und Regierungsrat sind sich einig: Baugesuche lassen sich schneller und einfacher behandeln. Derzeit werden rund zwei Drittel aller Baugesuche elektronisch eingereicht. Künftig sollen alle Baueingaben digital erfolgen. Das verwendete Formular ist allerdings veraltet und wird in diesem Sommer durch eine Weblösung ersetzt. «Wir müssen die Chancen packen, welche sich uns durch

die Digitalisierung ergeben», sagte Regierungsrat Fabian Peter. Weiter hat der Rat beschlossen, dass Baugesuche nicht mehr vollumfänglich digital publiziert werden sollen, dies zum Schutz der Privatsphäre der Bauherrschaft.

Einige Diskussionen hat die Sanierung der Renglochstrasse in Kriens ausgelöst. Der Rat stimmte dem Sonderkredit von 53 Millionen schliesslich deutlich zu.

Sämtliche Rednerinnen und Redner zeigten sich vom Sanierungsbedarf des Strassenstücks genauso überzeugt wie die Regierung. Bedenken wurden geäussert, etwa von Räto Camenisch, der mit Ende der Session aus dem Rat zurücktritt. Der Krienser Politiker glaubt, der Ausbau der Strasse werde zu einer Zunahme des Schwerverkehrs durch Kriens führen. Das Gleiche befürchtet Christine Kaufmann-Wolf, Stadtpräsidentin von Kriens. «Wir haben Angst, dass die grossen und

schweren Lastwagen nachher durch Kriens fahren. Dabei haben wir jetzt schon grosse Verkehrsprobleme.»

Dass flankierende Massnahmen nötig sind, steht allerdings auch für die Regierung ausser Frage. Verhindert werden soll ein Kollaps auf dem übrigen Strassennetz – etwa durch eine 270 Meter lange provisorische Busspur stadteinwärts auf der Luzernerstrasse in Littau auf dem Abschnitt Grenzhof-Rönnimoos. Auf der Rothenstrasse in Reussbühl beim Viscosisteg in Richtung Seetalplatz soll eine Lichtsignalanlage installiert werden. Sie wird so betrieben, dass der öffentliche Verkehr im folgenden Abschnitt nicht durch den Rückstau vor dem Seetalplatz blockiert wird. Aufgrund der Höhe der geplanten Ausgaben wird auch das Luzerner Stimmvolk diesem Kredit zustimmen müssen.

Der Rat hat beschlossen, das Volksschulbildungsgesetz zu revidieren. Die

Kantonsbeiträge sollen angepasst und weitere Entwicklungen im Volksschulbereich angegangen werden. Ebenfalls zugestimmt hat der Rat der Aktualisierung des kantonalen Datenschutzrechts.

Weiter soll die externe Kinderbetreuung weiterentwickelt werden. So hat der Rat das Postulat von Helen Schurtenberger über die Erhaltung und den volkswirtschaftlichen Nutzen von Kindertagesstätten teilweise erheblich erklärt. Zudem wurde die Motion von Claudia Huser Barmettler als erhebliches Postulat erklärt, womit die Erarbeitung eines Kinderbetreuungsgesetzes geprüft werden soll.

An dieser Stelle schreiben Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus dem Wahlkreis Hochdorf alternierend einen aktuellen Sessionsbericht. Kantonsrätin Claudia Wedekind berichtet über den ersten Tag der Mai-Session. Aufgrund des Redaktionsschlusses konnte der zweite Tag der Mai-Session im Bericht nicht berücksichtigt werden.